



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/48 - 26. Februar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise auf den Inhalt:

Auch Kanada-Besuch war ein Erfolg	S. 1
Die Spannungen in Israel	S. 2
Das Karlsruher Urteil über die gemeinsame Veranlagung	S. 3
Ist die CDU eine katholische Partei ?	S. 5
Ein Jahr Regierung Steinhoff	S. 8

"Sind Sie der Herr Ollenhauer aus Deutschland?"

H.-Sek., Ottawa

Der Besuch Ollenhauers in den Vereinigten Staaten und in Kanada geht seinem Ende zu. Donnerstag wird Ollenhauer von Präsident Eisenhower empfangen und sofort danach das Flugzeug besteigen, das ihn wieder nach Deutschland bringt. Seine Ankunft auf dem Frankfurter Flughafen ist für Freitag um 19 Uhr vorgesehen.

In Ottawa, der Hauptstadt Kanadas, wurde der Oppositionsführer mit allen Ehren eines Staatsmannes empfangen. Ollenhauer hatte längere Unterredungen mit dem kanadischen Ministerpräsidenten St. Laurent, drei Ministern, dem Sprecher des Parlaments und den Parteiführern. Ein zu Ehren Ollenhauers veranstaltetes offizielles Essen wurde von Ministerpräsident ^{en} präsiert. Für Mittwoch ist in New York bei einer Zwischenlandung auf dem Wege zum Treffen mit Präsident Eisenhower in Washington noch eine Unterredung mit dem kanadischen Außenminister Pearson vorgesehen.

Auch in Kanada hat sich Ollenhauer die erste Seite der grossen Zeitungen erobert. Sämtliche Rundfunkstationen und Fernsehsender verbreiten Interviews mit Ollenhauer. Sein Bild ist überall zu sehen. Auch hier kommt in den Kommentaren die Auffassung zum Ausdruck, dass man mit Ollenhauer rechnen muss. Die Vorschläge des deutschen Oppositionsführers für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa werden gründlich diskutiert und sind Gegenstand ausführlicher Kommentare in

Rundfunk und Presse.

Eine treffende Antwort

Besonders mit einer Antwort hat Ollenhauer die Kanadier erobert. Als er die sozialdemokratischen Vorstellungen für ein europäisches Sicherheitssystem erläuterte und dargelegt hatte, dass ein solches System als regionaler Pakt innerhalb der UNO betrachtet und allen Ländern Europas offenstehen müsste, wobei es aber angebracht sei, dass USA und Sowjetunion, die den Pakt garantieren, nicht Mitglieder des Sicherheitssystems sind, fragte man ihn, welches Vertrauen man in Sicherheitsgarantien der Sowjetunion setzen könne. Ollenhauers Antwort: "Das gleiche Vertrauen, das die Westmächte zur Sowjetunion als UNO-Mitglied oder Verhandlungspartner bei den Abrüstungsgesprächen haben."

Diese treffende Antwort Ollenhauers ist zu einem geflügelten Wort geworden. In Gesprächen mit Journalisten nach der Pressekonferenz konnte man mehrfach hören, Ollenhauer habe mit seiner Antwort "den Nagel auf den Kopf getroffen" und durch sie zur Erläuterung der internationalen Situation mehr beigetragen, als mancher Politiker durch eine grosse Parlamentsrede.

"Publicity-Record"

Rückblickend auf Ollenhauers Reise quer durch die Vereinigten Staaten kann gesagt werden, dass wenige nicht-amerikanische Politiker während eines Aufenthaltes in den USA so sehr im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestanden haben wie der Oppositionsführer. Überschlagsmässig hat Ollenhauer bisher etwa zwanzigmal vor den Fernsehkameras gestanden, die über 400 Fernsehstationen im Lande bedienen. Karikaturisten haben sich seiner angenommen. Eine Unzahl von Interviews in den grössten Zeitungen des amerikanischen Kontinents, zahllose Radiosendungen mit Kommentaren, Zitaten von Ollenhauerreden und aus Pressekonferenzen ermöglichten Millionen von Zeitungslesern und Rundfunkhörern die Ansichten der SPD kennenzulernen. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, Ollenhauer habe den Vereinigten Staaten während seines Aufenthaltes den "Publicity-Record" für Ausländer erzielt. Beim Umsteigen auf Flugplätze, in den Hallen der Hotels und bei vielen anderen Gelegenheiten wurde er von wildfremden Menschen angesprochen, die ihn um ein Autogramm baten oder ein längeres Gespräch mit ihm führen wollten. Dies ist besonders beachtlich, wenn man bedenkt,

dass man in diesem Lande mit seinen rund 170 Millionen Einwohnern und mit Hunderttausenden von ausländischen Besuchern an ganz anderen "Sensationen" achtlos vorübergeht. Die Frage "Sind Sie der Herr Ollenhauer aus Deutschland?" verfolgte den Oppositionsführer auf Schritt und Tritt.

Drei Gründe für Ollenhauers Erfolg

Wir, die wir Ollenhauer begleiten, haben uns oft selbst gefragt, worauf dieser erstaunliche Wiederhall seines Aufenthaltes in der USA und Kanada zurückzuführen ist. Die amerikanischen Journalisten der grossen Zeitungen und Nachrichtendienste, der Rundfunkanstalten und Fernsehstationen sind abgebrühte Barschen. Gekrönte und ungekrönte Staatsoberhäupter gehören zu ihrem täglichen Umgang. Ein "Oppositionsführer" kommt für sie unter normalen Umständen in die Rubrik "ferner Liefern". Ein Blick in die amerikanische Presse zeigt, dass Ollenhauer in dieser Beziehung alle bisher für den amerikanischen Journalismus gültige Normen umgestossen hat.

Wir glauben, dass Ollenhauer hauptsächlich aus drei Gründen in der amerikanischen Öffentlichkeit ein so starkes Echo gefunden hat. Erstens: Man fühlt in den Vereinigten Staaten - ohne es offen zuzugeben - dass man mit der Politik des Auspielens der militärischen Stärke bei annäherndem Gleichstand der atomaren Rüstung in eine Sackgasse geraten ist, und sucht deshalb nach einem Ausweg. Die Erläuterungen Ollenhauers zum System der kollektiven Sicherheit in Europa waren deshalb eine unmittelbare Befruchtung einer schon seit längerer Zeit stagnierenden Diskussion über das Verhältnis zwischen Ost und West. Zweitens: Die Persönlichkeit Ollenhauers, seine Natürlichkeit und die politische Zuverlässigkeit des gegen Hitler und den Kommunismus kämpferischen Demokraten hat den Amerikanern Vertrauen eingeflößt. Drittens: Die von Ollenhauer bei jeder Gelegenheit ausstrahlende innere Ausgeglichenheit, die stets spürbare Bereitschaft, sich auch mit den politisch Andersdenkenden loyal auseinanderzusetzen - mit Ernst, aber manchmal auch mit Humor - hat die amerikanische Presse für den Oppositionsführer eingenommen.

Gefahr für Ben-Gurion

I.D., Tel Aviv, Ende Februar

Die Aufforderung der Vereinten Nationen und die nachdrückliche Mahnung Präsident Nischhowers an Israel, den Gaza-Streifen und das Gebiet um den Golf von Akava zu räumen, stürzt Israel wieder einmal in eine der vielen Krisen, die es seit seiner Staatsgründung durchzumachen hatte - Krisen, von deren Ausgang meistens Sein oder Nichtsein des Staates abhing.

Es begann mit dem israelisch-arabischen Krieg, den der junge Staat gegen eine zahlenmässige Übermacht auf Grund seiner technischen Überlegenheit und nicht zuletzt der Energie und Zähigkeit seiner Menschen gewann. Dann Überschwemmten vertriebene Juden aus den arabischen Gebieten das Land. Deren Zustrom ist noch keineswegs versiegt. Die Absorbierung dieser grösstenteils ungebildeten Massen verschlingt einen grossen Teil der Kapitalreserven. Die ständige Bedrohung durch die Araber, ihre Erklärungen, dass sie nicht eher ruhen werden, bis der jüdische Staat von der Landkarte des Nahen Ostens verschwunden ist, macht die Erhaltung einer für dieses Land viel zu grossen Armee Seiten . Beides - Masseneinwanderung und Bedrohung von allen ringsum - belasten die Wirtschaft Israels derartig, dass hohe Lebenshaltungskosten und niedrige Löhne die Folge davon sind. Die prekäre wirtschaftliche Lage wird noch erschwert durch den arabischen Wirtschafts-Boykott und den dadurch Israel aufgezwungenen Handel mit Europa, der durch höhere Transportkosten die Gewinne für Israel stark begrenzt.

Diese schwierige wirtschaftliche Lage fand in den Wahlergebnissen von 1955 ihren Ausdruck. Rechteradikale Kräfte, gestützt auf ein enttäushtes Privatunternehmertum, für das in einer sozialistischen und in einer Krise befindlichen Wirtschaft wenig Raum zur Entfaltung gegeben ist und nationalistisch-aggressive Strömungen haben an Boden gewonnen. Die Cherut-Partei, hervorgegangen aus der terroristischen Stern-Gruppe, stieg zur zweitstärksten Partei des Landes auf. Noch war allerdings Ben-Gurions Partei, die sozialistische MAPAI, die stärkere, wenn auch nicht stark genug, um allein eine Regierungskoalition bestimmen zu können. Nur die beiden links von der MAPAI

stehenden sozialistischen Parteien - MAPAM und ACHDUT HAAVODI - die im Grunde Gegner der westlich orientierten Aussenpolitik Ben-Gurions sind, verhinderten die Bildung einer von der Cherut-Partei geführten Regierung.

Doch auch die Fünf-Parteien-Koalition, in der die drei sozialistischen Parteien 13 von den 16 Sitzen inne haben, konnte an der ausweglosen Lage Israels, die durch immer konzentrierter werdende Angriffe der Araber und durch die Nationalisierung des Suez-Kanals durch Nasser gekennzeichnet wurde, nichts ändern. Die Aggression Israels schien daher wie ein Schritt der Verzweiflung oder der Versuch, die sich für Israel immer verhängnisvoller abzeichnende Entwicklung irgendwie aufzuhalten.

Die Aufforderung an Israel, die von ihm besetzten Gebiete zu räumen und damit die einzig scheinbaren Garantien für den Frieden im Land herzugeben, wird vom israelischen Volk mit Widerspruch quittiert und trägt die Gefahr in sich, die Koalition Ben-Gurions ernsthaft zu erschüttern. Die beiden links-sozialistischen Parteien haben bereits erklärt, dass sie im Falle des Nachgebens Ben-Gurions aus der Koalition austreten werden. Es steht ausser jedem Zweifel, dass Neuwahlen die radikalen Kräfte stärken werden, denen als einziger Ausweg aus dieser schwierigen Lage die rücksichtslose Anwendung von Machtmitteln ungeachtet aller Folgen erscheinen wird. Das starre Vorharren der Regierung Ben-Gurion gegenüber den Forderungen der Vereinten Nationen liegt in der Erkenntnis dieser innenpolitischen Situation begründet. Wahrscheinlich könnte nur eine konstruktive Politik der Vereinigten Staaten in Verbindung mit der UNO eine derartige innenpolitische Entwicklung in Israel verhindern - eine Politik, die Israel nicht nur die Existenz garantiert, sondern ihm den Frieden zum Aufbau und zur Konsolidierung des Landes sichert.

+ + +

Verfassungsgericht für steuerliche Gleichberechtigung

So. In einem aufsehenerregenden Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die gemeinsame Steuerveranlagung von Ehegatten für verfassungswidrig erklärt. Damit ist der lange sozialdemokratische Kampf gegen diese "Steuerstrafe" auch verfassungsrechtlich gerechtfertigt. Das Urteil konnte nicht anders ausfallen, denn seit dem 1. April 1953 sollen nun einmal Mann und Frau gleich behandelt werden. Artikel 33 GG lautet: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen

sind gleichberechtigt". Diese Vorschrift des Grundgesetzes ist zwingend für das gesamte Bundesrecht. Sie gilt also im vollen Umfange auch für das Einkommensteuerrecht. Der § 26 des Einkommensteuergesetzes hat folgenden Wortlaut:

"Ehegatten werden zusammen veranlagt, solange beide unbeschränkt steuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt leben. Diese Voraussetzungen müssen im Verwaltungszeitraum mindestens vier Monate bestanden haben. Bei der Zusammenveranlagung sind die Einkünfte der Ehegatten zusammenzurechnen".

Der Absatz 2 des § 26 ist verfassungswidrig, denn er behandelt die Einkünfte der Ehefrauen und ihre Besteuerung unterschiedlich und ungünstiger als die der Männer.

Ende 1955 war denn auch bereits eine kleine Reform vorgenommen worden, nach der Einkünfte der Ehefrau aus nichtselbständiger und aus selbständiger Tätigkeit, sowie Einkommen aus dem eigenen Gewerbebetrieb bis zu einer Grenze von 12.000,- DM getrennt veranlagt wurden. Darüber hinausgehende Einkommen werden nach wie vor gemeinsam veranlagt. Nun steht die Begründung des sensationellen Karlsruher Urteils noch aus. Aus ihr muss hervorgehen, ob sich das Urteil nur auf solche Fälle beziehen soll, in denen Einkommen aus selbständiger Arbeit versteuert werden, oder ob das Verfassungsgericht die gemeinsame Veranlagung ganz allgemein mit dem Grundgesetz nicht für vereinbar hält. In diesem Falle kann dem Bundesfinanzminister seine jahrelange Sturheit teuer zu stehen kommen. Sofort nach Bekanntwerden des Urteils riefen die Betroffenen ihre Steuerberater an und man begann auszurechnen, wieviel ungerechtfertigterweise eingegangener Steuern man seit dem 1. April 1953 zurückhalten müsse.

Ein Sprecher des Bundesfinanzministers hat dann auch sofort erklärt, dass das Karlsruher Urteil "keine allgemein rückwirkende Kraft" haben könne. Warum nicht? Weil das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht feststelle, dass "nicht mehr anfechtbare Entscheidungen von einer eventuellen Richtigkeitsprüfung eines Gesetzes" unberührt bleiben. Das ist aber noch nicht das letzte Wort, das hier her gesprochen worden ist. Im Gegenteil, die aus dem Februar-Urteil folgenden weitreichenden Konsequenzen für das bundesdeutsche Steuerrecht sind noch nicht abzusehen. Für die kommende Diskussion darüber sei darauf hingewiesen, dass dem Bundestag seit dem 13. April 1956 ein

Antrag der SPD-Fraktion vorliegt (Bundestagsdrucksache 2295). Er beinhaltet:

1. Der Steuerpflichtige hat bei seiner Einkommensteuererklärung den Umfang der Tätigkeit der mithelfenden Ehefrau in Prozenten zu einer sonst betriebsfremden Person anzugeben und mit Anteil eines entsprechenden Gehältes von seinem Einkommen abzusetzen.
2. Um diesen Betrag ermässigt sich nicht nur das Einkommen des Steuerpflichtigen, sondern auch der Gewerbeertrag des Betriebes.
3. Der vom Einkommen des Steuerpflichtigen abgesetzte Betrag für die Tätigkeit der mithelfenden Ehefrau unterliegt der Lohnsteuer genau so wie bisher ein Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit.

Dieser Antrag geht von der Tatsache aus, dass die Tätigkeit der mithelfenden Ehefrau sowohl von Beruf zu Beruf als auch von Betrieb zu Betrieb verschieden ist. Das sollte in der Steuerrechtsetzung berücksichtigt werden.

* * *

CDU-Propaganda über kirchliche Organisationen

W.P.- In den vergangenen Jahren pflegte sich die "Christlich-Demokratische Union" stets mit besonderen Eifer gegen Feststellungen zu wehren, sie sei die Partei des deutschen Katholizismus. Mit dem Hinweis auf einzelne evangelische Prominente und auf die Wählerstimmen der CDU in protestantischen Gebieten versuchte sie - allerdings erfolglos - die Tatsache zu vertuschen, dass nicht nur innerhalb der Parteihierarchie, sondern auch in den von ihr beherrschten Regierungen und Verwaltungen die Schlüsselpositionen zum grössten Teil von Angehörigen des katholischen Bsp. besetzt sind und sehr häufig sogar der katholischen studentischen Corporationen besetzt sind.

In welchem Masse andererseits aber die CDU Einfluss auf die Meinungsbildenden katholischen Volksteile tatsächlich zu nehmen versucht, wird gerade im anstehenden Wahlkampf immer deutlicher sichtbar. Offensichtlich sollen die katholischen Massenorganisationen nach dem Willen der CDU wieder zu Wahlhilfeorganisationen degradiert werden, wie das bereits im letzten Bundestagswahlkampf, im Jahre 1953, der Fall war. Leider muss hinzugefügt werden, dass die CDU bei ihren Bemühen durchaus Gegenliebe zu finden scheint. Nicht nur, dass Mitglieder der SPD, sobald sie sich als solche zu erkennen geben, aus-

geschlossen werden, diese Verbände nehmen seit einiger Zeit in ständig zunehmendem Umfang Werbe- und Propagandamittel auf, in welchen die Tätigkeit der Bundesregierung glorifiziert, die Politik der gegnerischen Parteien jedoch herabgesetzt und als "unglaubwürdig" hingestellt wird. In grossen Umfang wurden in diesem "Material" Gerüchte und Verdächtigungen über die SPD verbreitet, die geeignet sind, sie als "kommunistenfreundlich" oder gar "moskauhörig" erscheinen zu lassen.

Allerdings haben jene Informationsdienste nach aussen nichts mit der CDU gemein, sondern treten unter einem neutralen Firmenschild auf.

So erscheint z.B. im Bonifatiushaus in Fulda seit einem Jahr ein "nicht zur Veröffentlichung" bestimmter Nachrichtendienst mit dem Titel "Intern-Informationen", für den der Herausgeber der Zeitschrift des katholischen Männerwerks "Mann in der Zeit" verantwortlich zeichnet. Dieser Dienst, der in grosser Auflage vor allem in katholischen Kreisen Verbreitung findet, hat es sich zur Aufgabe gemacht, "einer beschränkten Anzahl vertrauenswürdiger Männer und Frauen die Möglichkeit einer internen Hintergrundinformation zu geben." Tatsächlich bemüht er sich jedoch um die Diffamierung aller "liberalsozialistischen Kräfte", wobei es ihm auf die Wahrheit nicht immer genau ankommt. Kürzlich verstieg er sich sogar zu der Meldung, eine sozialdemokratische Industriellentagung sei in Vorbereitung, für die Krupp bereits die "Villa Hügel" zur Verfügung gestellt habe.(!)

Die "Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung o.V." gibt seit dem 1. Februar eine 14-tägig erscheinende Beilage zu ihrer "Politisch-sozialen Korrespondenz" mit dem Titel "Kurz und Aktuell" heraus, die ebenfalls ganz offensichtlich darauf abgestellt ist, die SPD zu verunglimpfen und die "Leistungen" der Regierung Adenauer herauszustellen. So wurde z.B. in dieser Beilage fälschlich behauptet, die SPD habe der zweiten Grundgesetzänderung zugestimmt, welche die verfassungsmässige Voraussetzung für die Wehrpflicht mit der Grundgesetzänderung vom März 1952 geschaffen wurde, welche die SPD einstimmig ablehnte. "Kurz und Aktuell" dient also im Grunde dem gleichen Zweck wie die "Intern-Information". Ebenso wie diese wird sie hauptsächlich den Funktionären der katholischen Verbände zugeschickt, ebenso wie Tausenden von Pfarrern.

Ein anderer Fall: Die Kirchenzeitung für das Bistum Aachen ent-

26. 2. 1957

nahm kürzlich einen derartigen zweifelhaften Nachrichtendienst eine Information, wonach in Waggum, Kreis Braunschweig, ein ehemaliges KP-Mitglied auf der SPD-Liste kandidierte und zum Bürgermeister gewählt wurde. Die Meldung erweckt den Anschein, als handele es sich hier um einen Kommunisten, der der KP bis zu ihrem Verbot angehörte. Der Mann trat aber bereits vor Jahren aus der KP aus und ist ideologisch "völlig geheilt". Er war im Übrigen auf Vorschlag der FDP und des BHE, die im Rat zusammen über fünf Stimmen gegenüber vier Stimmen der SPD verfügen, zum Bürgermeister gewählt worden. Davon enthält die Meldung jedoch kein Wort. Sie war offensichtlich darauf angelegt, wider alle Wahrheit die SPD als KP-freundlich zu desavouieren.

Dass aber auch selbst Parteikorrespondenzen der CDU/CSU von Kirchenvertretern herangezogen werden, zeigt das Telegramm des Diözesanpräses Dr. Watter und Diözesanaltseniors Rätter aus Speyer an den bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Waldemar von Kroeringen über den Verlauf der Veranstaltung von Mehrdienstgegnern in München. Eine falsche Behauptung, von der bayerischen CSU in die Welt gesetzt und von der Katholischen Nachrichtenagentur übernommen, brachte sofort 9.000 Kolpingesöhne (heißt es in dem Telegramm) gegen die SPD auf, obwohl diese Partei an jener Veranstaltung völlig unbeteiligt war.

Diese offenbar bereitwillige Schützenhilfe scheint die Vorbereitung des Massenansatzes der katholischen Verbände zugunsten der CDU im bevorstehenden Wahlkampf anzudeuten. Das Katholische Männerwerk hat kürzlich bereits auf einer geschlossenen Tagung die Parole "Jahr der Entscheidung 1957" beschlossen und die Herausgabe von 12 Broschüren mit Anthemen (z.B.: "Kann ein gläubiger Christ Sozialist sein?") angekündigt.

Es wäre im Interesse des konfessionellen Friedens besser, wenn die Absichten der CDU und ihrer führenden Vertreter in den katholischen Verbänden durch Erklärungen von höchster offizieller Stelle der katholischen Kirche noch rechtzeitig durchkreuzt würden, indem man sich bei uns auf den gleichen Standpunkt der parteipolitischen Neutralität stelle wie auch in anderen Ländern, z.B. in Österreich, wo sich die Kirche aus der parteipolitischen Auseinandersetzung strikt heraushält.

Sachliche Zusammenarbeit

ler. Vor einem Jahr wurde der langjährige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, durch ein konstruktives Misstrauensvotum im Düsseldorfer Landtag gestürzt. An seine Stelle kam der Sozialdemokrat Fritz Steinhoff. Seitdem besteht im grössten Land der Bundesrepublik eine Koalition zwischen SPD und den Freien Demokraten sowie ^{katholischen} Zentrum. Sie fasziniert die politische Phantasie der Bundesbürger. Und nicht nur der Bundesbürger. Sie interessiert ebenso das Ausland. Zeigt es ihm doch, welche vielfältige Möglichkeiten in der deutschen Politik bestehen.

Der Regierungswechsel in Düsseldorf wurde mit einer Revolution verglichen. In gewissem, sehr bestimmtem Sinne war er es auch. Der Sturz Arnolds zerstörte ein Tabu - das Tabu, dass die drittgrösste Partei für immer im Schatten der Partei Adenauers zu stehen habe, dass Liberalismus und soziale Demokratie für immer unveröhnliche Gegensätze seien. Auf diesem Gegensatz beruhte und beruht die Macht der CDU. Sie glaubte, sich in seinem Schatten als beherrschende Kraft für alle Zeiten etablieren zu können. Diese Rechnung ging nicht auf; sie konnte nicht aufgehen, weil ihr eine fatale Unterschätzung der dynamischen Strömungen in der deutschen Politik zugrunde lag. Das beherrschende Kennzeichen der deutschen Situation ist das Aufbegehren gegen jede Art von Einparteien-Herrschaft, die automatisch auch Willkür, Herrschaftsucht, Unterdrückung der anderen, ungleichen, widerspenstigen Seite bedeutet. Dagegen lehnte sich Düsseldorf auf. Die "jungen Leute" der FDP, gelutert durch schmerzliche Erfahrungen - ihrer Väter und als Koalitionspartner unter Arnold - überschritten das in der deutschen Nachkriegspolitik so bequemen und als Tabu anerkannten Kreis, sie wagten den Schritt ins Neuland, sie suchten und fanden ein Bündnis mit den Kräften, die nicht allein dem Heute, sondern auch dem Morgen verpflichtet sind.

FDP und SPD fanden sich auf dem Boden sachlicher Zusammenarbeit. Zuerst mit Misstrauen - welche ideologischen Abgründe, von bestimmter Seite sorgsam gepflegt, trennten sie zunächst - dann überwog der

Wille zum Schöpferischen, zum Gemeinsamen, zum Beispielhaften. Ein Jahr Regierung Steinhoff zerstörte die Legende, dass das Christliche, das Religiöse, nur durch die CDU gewahrt werden kann. Der Kulturkampf, den die CDU erwartete, blieb aus; den Kirchen wurde gegeben - siehe die Errichtung des neuen Bistums in Essen - was ihnen gebührt, ihre Rechte wurden nicht angetastet. Der Schulfrieden, von so lebenswichtiger Bedeutung in einem konfessionell so gemischten Land, blieb erhalten, obwohl es nicht an törichten Versuchen fehlte, ihn zu stören. Höchste kirchliche Stellen zollen heute Anerkennung für das positive Verhältnis, das zwischen der Regierung Steinhoff und den beiden Kirchen heute besteht. Warum sollte es auch anders sein?

Zu dem Positiven von Düsseldorf gehört aber auch dies: Eine Auflockerung bisher starrer Fronten in der Innenpolitik - welche ein Spiegelbild kommender Möglichkeiten - und die Widerlegung des Satzes, dass Koalition das Vorrecht des Stärkeren in Verhältnis zum Schwächeren bedeute. In Düsseldorf hat sich eine echte Partnerschaft entwickelt zwischen Kräften, die gemeinsam von dem Willen erfüllt sind, der deutschen Politik neue aus der Starrheit hinausführende Impulse zu geben. Dieser Wille wird - unabhängig von Bonn - die politische Szenerie des grössten Landes der Bundesrepublik auch weiterhin bestimmen. Darin liegt die Bedeutung der "Rebellion von Düsseldorf", die dem In- und Ausland gezeigt hat, dass in der deutschen Politik Kräfte wirksam sind, die Aera Adenauer zu beenden und die Bahn für neue Entwicklungen zu ebnen.

+ +
+

Verantwortlich: Günter Markscheffel